

# Stadt Lahnstein

---

## NIEDERSCHRIFT

Lahnstein, 26.11.2020

Gremium	Fachbereichsausschuss 5
Datum	Donnerstag, den 24.09.2020
Sitzungsbeginn	17:00 Uhr
Sitzungsende	19:50 Uhr
Sitzungsort	Konferenzräume - Stadthalle Lahnstein

### Anwesend

#### Vorsitz

Herr Oberbürgermeister Peter Labonte

#### Mitglieder

Herr Olaf Bückner	Unabhängige Liste Lahnstein	
Herr Herbert Fuß	SPD	
Herr Helmut Hohl	FBL	
Herr Julian Kapp	Unabhängige Liste Lahnstein	
Herr Andreas Korn	CDU	
Herr Alexander Krapf	CDU	
Herr Johannes Lauer	CDU	Vertreter von Herrn Michael Güls
Herr Armin Mawick	FDP	
Frau Martina Merkelbach	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Fabian Merz	CDU	
Herr David Niel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreter von Herrn Gerhard Schmidt
Herr Norbert Purr	SPD	
Herr Chris Sporenberg	Unabhängige Liste Lahnstein	Vertreter von Herrn Thomas Birkelbach

#### Verwaltung

Herr Jörg Deutesfeld  
Marco Serger

Protokollführer

## Nicht anwesend

### entschuldigt:

Herr Thomas Birkelbach	Unabhängige
Liste Lahnstein	
Herr Michael Güls	CDU
Herr Gerhard Schmidt	BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN	
Herr Michael Zapp	SPD

## Tagesordnung in Reihenfolge der Behandlung:

### Öffentlicher Teil

1. Bericht über die gemeinsame Befahrung der Radwege  
Vorlage: MV 20/3841
2. Antrag der FBL-Fraktion zur Errichtung eines videoüberwachten Fahrradstellplatzes  
Vorlage: BV 20/3844
3. Parkraumbewirtschaftung -Einzelmaßnahmen im Rahmen der Evaluierung  
Vorlage: BV 20/3845
4. Sachstand Hochwasserschutz der Stadt Lahnstein  
Vorlage: MV 20/3843
5. Mitteilungen, Anfragen und Auskünfte

## Niederschrift

### Öffentlicher Teil

#### **Punkt 1. Bericht über die gemeinsame Befahrung der Radwege** **Vorlage: MV 20/3841**

Der Vorsitzende führt den Sachverhalt nochmals aus und bittet den Ausschuss um seine Meinung.

Herr **Krapf** fragt nach, ob schon etwas im Bereich Gymnasialstraße/Mittelstraße hinsichtlich einer evtl. Zusatzbeschilderung für Radfahrer geschehen sei.

Der **Vorsitzende** erläutert hierzu, die Umsetzung der im Zusammenhang mit der Befahrung gesammelten Vorschläge sollte eine Entscheidung der Gremien sein. Die Einzelvorschläge sollten zusammengetragen, erörtert und dann nach Abwägung der technischen und finanziellen Möglichkeiten umgesetzt werden.

Hinsichtlich der gemeinsamen Befahrung der Radwege begrüßt Herr **Fuß** den offenen, konstruktiven und parteiübergreifenden Dialog in Bezug auf notwendige Änderungen und Anpassungen. Gerade im Bereich der Brückenstraße sei es beispielsweise dringend notwendig, Veränderungen vorzunehmen um Radfahrern einen besseren Schutz zu geben. Generell müssten die diversen Vorschläge der Befahrung vor ihrer Umsetzung fachlich bewertet werden, auch sei hier unter Umständen die Einbindung des Landesbetriebes für Mobilität (LBM) oder durch den ADAC in Verbindungen dem Fachbereich der Verwaltung geboten. Wenn gehandelt wird, sollte auf lange Sicht auch vernünftig gehandelt werden.

Auch die CDU-Fraktion, so Herr **Lauer**, hält die regelmäßige Befahrung der Radwege für eine gute Sache. Die „Arbeitsgruppe Radwege“ sollte nunmehr zeitnah erörtern und umsetzen was an Maßnahmen in 2020 noch möglich ist und weitere Schritte in der Umsetzung in die Haushaltsberatungen für 2021 aufnehmen.

Für die ULL-Fraktion begrüßt auch Herrn **Sporenberg** die gemeinsame Befahrung der Radwege. Er bemängelt in diesem Zusammenhang die noch fehlende Fahrbahnmarkierung für Radfahrer in der Sebastianusstraße und bittet um Mitteilung, wann diese ausgeführt werden soll.

Seitens der FBL-Fraktion kann sich Herr **Hohl** den Vorrednern anschließen. Die gemeinsame Befahrung der Radwege ist eine gute Sache. So müsse beispielsweise gerade im Bereich der Mittelstraße dringend etwas für die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrer getan werden, da Sie oft als Alternative zur Adolfstraße genutzt wird. Hier halte er persönlich eine Tempo-30-Zone für sinnvoll.

Herr **Mawick** ergänzt, auch der Bereich Brückenstraße (auf Höhe Kirchplatz) stelle eine Gefahrenstelle dar, da hier durch den Wechsel im Bodenbelag auf einen helleren Farbton die Fahrradfahrer vermeintlich auf den Bürgersteig geleitet werden. Dies wäre durch zwei Markierungstreifen zu beheben.

Herr **Deutesfeld** (Fachbereich 5) bedankt sich für die kreativen Ideen und konstruktiven Vorschläge, die im Rahmen der Befahrung aufgenommen wurden, gibt aber zu beachten, dass diese auch rechtlich umsetzbar sein müssen. Die angesprochenen Parkflächen und Radfahrmarkierungsarbeiten im Bereich der Sebastianusstraße und Kirchplatz sind geplant. Hier gilt es insbesondere im Bereich der Brückenstraße die Radfahrer zu führen, um sicher auf den Fahrstreifen zu gelangen.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, dass sich die „Arbeitsgruppe Radwege“ kurzfristig zusammensetzt um über noch in 2020 umsetzbare Maßnahmen im Rahmen der noch zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu beraten. Mittelfristig ausführbare Maßnahmen sollten dann im Rahmen der Haushaltsberatung 2021 aufgenommen werden.

## Abstimmungsergebnis:

Zustimmung		Keine Zustimmung	
Vertagung		Absetzung nach § 34 Abs. 7 Nr. 2 GemO	
Verweisung an Gremium:			

Einstimmig	Mehrheitlich		
X	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung nahmen nicht teil:	Grund:

### **Punkt 2. Antrag der FBL-Fraktion zur Errichtung eines videoüberwachten Fahrradstellplatzes Vorlage: BV 20/3844**

Der **Vorsitzende** erläutert ausführlich den Vorschlag der FBL-Fraktion und bittet um Meinungsbildung.

Die CDU-Fraktion, so Herr **Lauer**, unterstützt grundsätzlich den Antrag der FBL, da mit entsprechenden Stellplätzen schon im Bereich Bahnhofes Niederlahnstein gute Erfahrungen gemacht wurden. Die geforderte Videoüberwachung sei allerdings sowohl eine logistische als auch datenschutzrechtlich große Hürde und seines Erachtens in dieser Form nicht umsetzbar.

Seitens der ULL-Fraktion befürwortet Herr **Sporenberg** generell die Errichtung von Fahrradstellplätzen im Stadtgebiet, lehnt die Videoüberwachung aber gezielt wegen der damit verbundenen Kosten, der Problematik des Datenschutzes und der notwendigen Personalressourcen zur Auswertung der Daten, ab.

Herr **Niel** ergänzt hierzu, dass eine gute Ausleuchtung der Fahrradstellplätze sinnvoller sei als eine Videoüberwachung.

Die SPD Fraktion stimmt laut Herrn **Fuß** den Stellplätzen zu, anstatt einer Videoüberwachung sollte man allerdings Ladestationen für E-Bikes installieren. Hier könnte es unter Umständen auch Fördermittel des Landes oder Bundes geben.

Herr **Sporenberg** bezweifelt die Akzeptanz eines Fahrradstellplatzes mit entsprechenden Ladestationen. Diese werden seines Erachtens an öffentlichen Plätzen kaum genutzt, da die Akkus meist lange halten und eher daheim bzw. bei touristischer Nutzung im Hotel oder der jeweiligen Unterkunft aufgeladen werden.

Gegen den Salhofplatz als Standort für einen Fahrradstellplatz spricht sich Herr **Korn** aus. Seiner Meinung nach sei der Salhofplatz nicht interessant für Fahrradstellplätze. Hier sollten Stellplätze an besser beleuchteten bzw. frequentierten Standorten platziert werden, wie beispielsweise in der Burgstraße oder am Turmplatz.

Herr **Hohl** ergänzt hierzu, der Antrag der FBL führt bewusst den Salhofplatz als Standort aus, da dies ein zentraler Anlaufpunkt in der Stadt sowohl für die Bürger als auch Touristen ist. Für die Notwendigkeit, weitere Stellplätze für Fahrräder im Stadtgebiet einzurichten sieht auch er zahlreiche gute Aspekte.

Von Herrn Sporenberg wird vorgeschlagen, das Thema der Einrichtung von Fahrradstellplätzen im „Arbeitsgruppe Radwege“ zu behandeln.

Der Vorsitzende ergänzt hierzu, man müsse den Bürgerinnen und Bürgern als auch Touristen die Möglichkeit geben, ihre Fahrräder sicher abzustellen. Da im Ausschuss zu dieser Aussage sicherlich Einigkeit bestünde, sollte man nunmehr diesen ersten Schritt gehen und entsprechende Standorte im „Arbeitsgruppe Radwege“ prüfen.

#### **Beschluss:**

Der Antrag wurde abgelehnt.

#### **Modifizierter Antrag:**

Der Fachbereichsausschuss 5 beschließt, dass grundsätzlich Fahrradstellplätze in der Stadt installiert werden sollen. Den Umfang, die Rahmenbedingungen und Standorte sollen in der „Arbeitsgruppe Radwege“ erörtert werden.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

### **Punkt 3. Parkraumbewirtschaftung -Einzelmaßnahmen im Rahmen der Evaluierung Vorlage: BV 20/3845**

Der Vorsitzende führt nochmal ins Thema der Parkraumbewirtschaftung ein und bittet die Anwesenden um deren Einschätzung.

Für die CDU-Fraktion sieht Herr **Lauer** eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung als notwendig an und steht dem auch positiv gegenüber. Es besteht dennoch die Problematik, dass es zu einer weiteren Verlagerung in die unbewirtschafteten Bereichen kommt, wo bereits jetzt verstärkt geparkt würde. Das am Parkplatz am Adolph-Kolping-Ufer eingeführte Tagesticket für 2 Euro hat sich nach seinem Erachten als sinnvoll erwiesen.

Da im Bereich des unteren Teils der Stauffenbergstraße ein Parken lt. StVO nicht möglich ist und dieses auch städtischerseits nicht mehr geduldet ist, wird die Verwaltung gebeten, bauliche Veränderungen mit Hinblick auf einen verkehrsberuhigten Bereich zu prüfen.

Weiterhin fragt Herr **Lauer**, ob die Kräfte des Kommunalen Vollzugsdienstes ausreichend ausgestattet sind analog dem Ordnungsamt Koblenz.

Herr **Deutesfeld** (Fachbereich 5) führt hierzu aus, hinsichtlich der Ausstattung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kommunalen Vollzugsdienstes verfüge man sowohl über eine einheitliche Bekleidung als auch über entsprechende Verteidigungs- und Sicherungsmittel in Form von Stichschutzwesten, Abwehrspray, Handschellen und Schlagstöcken.

Die SPD-Fraktion, so Herr **Fuß**, stehe der Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung positiv gegenüber. Es bestehe allerdings weiterhin Handlungsbedarf, da eine massive Parkraumverdrängung im Stadtgebiet herrsche und die Zahl der unbewirtschafteten Parkplätze mehr als ausgereizt sei. Gerade in den Bereichen der Seitenstraßen, wie beispielsweise der Pestalozzistraße oder der Sauegasse bestehe seiner Meinung nach dringender Handlungsbedarf die Parkraumbewirtschaftung auszuweiten, zumal auch die Beschwerden der Anwohner in den Nebenstraßen aufgrund mangelnder Parkmöglichkeiten in „Hausnähe“ immer mehr würden.

Herr **Sporenberg** schlägt seitens der ULL-Fraktion vor, das während der Bauphase in der Sebastianusstraße die relevanten Bereiche im oberen Teil der Südallee aus der Parkraumbewirtschaftung herausgenommen werden.

Auch wenn sich die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung grundsätzlich im erhofften Umfang entwickelt, so der **Vorsitzende**, so gebe es dennoch bei diversen Einzelthemen immer noch Verbesserungspotenzial. Bezüglich des Vorschlags der ULL-Fraktion wird eine Anpassung der Parkraumbewirtschaftungszeiten in der Südallee zugesagt.

#### **Punkt 4. Sachstand Hochwasserschutz der Stadt Lahnstein** **Vorlage: MV 20/3843**

Der Vorsitzende erläutert nochmals die Mitteilungsvorlage und ergänzt, dass es für ihn enttäuschend sei, feststellen zu müssen, dass sich beispielsweise im Rahmen der Verdeutlichung von Möglichkeiten der privaten Bauvorsorge anhand der Überprüfung von bis zu 10 repräsentativen privaten und ggf. auch gewerblich genutzten Objekten insgesamt nur fünf Bewerbungen eingegangen seien. Die Erwartungshaltung an das zu erstellende Hochwasserschutzkonzept war zu Beginn hoch, doch ein aktives Gestalten durch die Bevölkerung ist, bis auf Einzelfälle, leider nicht mehr vorhanden.

Unter diesem Gesichtspunkt sollten die Akteure mit Nachdruck dazu aufgefordert werden, das Hochwasserschutzprojekt möglichst noch in diesem Jahr zum Abschluss zu bringen.

Seitens der CDU-Fraktion kann Herr Lauer dem Vorsitzenden hier nur zustimmen. Auch seiner Meinung nach soll das Hochwasserschutzprojekt nunmehr einen zügigen Abschluss finden.

## **Punkt 5. Mitteilungen, Anfragen und Auskünfte**

### **Bauliche Maßnahmen Allerheiligenbergbrücke und Lahntalhochbrücke**

Herr Fuß informiert das Gremium über die gemeinsame Besprechung „Sanierung Allerheiligenbergbrücke und Lahntalhochbrücke“ 17.09.2020 in der Stadthalle Lahnstein, an der Vertreter des Landesbetriebes Mobilität (LBM), der Stadt Lahnstein, der Polizei, der Kreisverwaltung und des ADAC teilgenommen haben.

Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag weniger auf der geplanten Sanierung der Lahntalhochbrücke, als vielmehr auf dem Verteilungsbauwerk vor der Lahntalbrücke, der Allerheiligenbergbrücke im Bereich Allerheiligenbergstraße. Dieses leicht trompetenartig aufgeweitete Bauwerk, bestehend aus zwei Überbauten, verteilt einerseits die Verkehre in Richtung Hochbrücke und in Richtung Lahntal und nimmt andererseits in Fahrtrichtung Koblenz den Verkehr von der Hochbrücke und aus dem Lahntal kommend auf.

Im Vorgriff auf die Sanierung der Hochbrücke wird dieses Bauwerk ab Mitte Oktober 2020 bis Mitte 2021 saniert, wobei der Verkehr grundsätzlich durchgängig gesichert ist aber hinsichtlich der Anzahl der zur Verfügung stehenden Fahrstreifen reduziert wird. Die Emser Landstraße wird geschlossen (Ausnahme Rettungsfahrzeuge). Lediglich an einem Wochenende (Samstag) muss der Verkehr ggf. durch Lahnstein geführt werden oder (und das ist favorisiert) muss aus Erschütterungsgründen auf das Tempo 30 km/h reduziert werden, wobei dieser Vorgang durch eine Radarkontrolle abgesichert werden muss und soll.

Hinsichtlich der Hochbrücke wurden zwischenzeitlich die Zeitpläne verschiedener Maßnahmen im Großraum Koblenz abgestimmt und abgewogen, mit dem Ergebnis, dass zur Minimierung der Verkehrsbelastung für den Bürger die Sanierung der Hochbrücke um ein Jahr nunmehr auf das Jahr 2024 geschoben werden soll. Zur Koordinierung der Maßnahmen rund um Koblenz soll es noch eine gesonderte Veranstaltung beim LBM Rheinland-Pfalz in Koblenz geben.

Hinsichtlich der notwendigen Umleitungen und der Steuerung der Verkehrsströme werden sicherlich noch einige Besprechungen stattfinden müssen, um die Maßnahme so gut wie möglich umzusetzen.

## **Zugunglück Niederlahnstein**

Der Vorsitzende berichtet über die seines Erachtens nach unrealistischen Zahlen der Deutschen Bahn bezüglich der ausgelaufenen Menge an Diesel. Die Stadtverwaltung prüft momentan ihre rechtlichen Möglichkeiten gegenüber der Bahn, um festzustellen, welche Gefahren durch verseuchtes Grundwasser in diesem Gebiet bestehen und welche weiteren Maßnahmen notwendig sind und gegenüber der Bahn durchgesetzt werden müssen.

## **Covid19-Test Kita LahnEggs**

Bedingt durch zwei positiv getestete Kinder in der städtischen Kindertagesstätte „LahnEggs“ informiert der Vorsitzende das Gremium, dass es notwendig wurde für die Kinder als auch Erzieher einen Corona-Massentest durchführen zu müssen.

Durch Mitarbeiter des Gesundheitsamtes des Rhein-Lahn-Kreises wurden insgesamt 40 Kinder und 11 Erwachsene Personen getestet. Mit den Ergebnissen rechnet die Verwaltung am Freitag, den 25.09. bzw. spätestens am Samstag, den 26.09.2020.

## **Geschlossenes Tor Rheinquartier – Max-Schwarz-Str.**

Herr Niel bemängelt, die Tore zur Max-Schwarz-Straße seien erneut abgeschlossen und dadurch kein Zugang zur Straße mehr möglich.

Der Vorsitzende merkt hierzu an, die Tore sollten dauerhaft offen sein. Er wird eine entsprechende Kontrolle veranlassen und gegebenenfalls die Tore für Fußgänger- und Radverkehr wieder entsprechend öffnen lassen.

## **Aufnahme Alexander Krapf in die „Arbeitsgruppe Radwege“**

Herr Alexander Krapf bittet ihn in die „Arbeitsgruppe Radwege“ mit aufzunehmen.

Die Sitzung wurde um 19.50 Uhr geschlossen.

(Peter Labonte)  
Vorsitzender